



Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

Guten Tag, liebe Leserin und lieber Leser!

In Ihren Händen halten Sie dat neue Pöggskén und - wen wundert es: Genau zur Wahl.

Nein, denn der Erscheinungstermin nach den Sommerferien ist regelmäßig und fix, und ja, denn hätte sich die Regierung bei der Festlegung des Wahltermins nicht nach dem Pöggskén gerichtet, dann wäre diese Ausgabe pas-send verschoben worden.

In dieser Zeitung finden Sie die vielen Artikel unserer und auch Ihrer Aktiven aus der grünen Ratsfraktion und dem Ortsverband. Alle diese Schreiberlinge arbeiten ehrenamtlich und wenden sich hier an Sie, um Ihnen ihre und die grünen Positionen in kommunalen Fragen zu erzählen und nahe zu bringen, im Zusammenhang mit der Bundestagswahl aber auch, um Sie zu überzeugen und um Ihre Stimme zu werben.

Sie machen das – in ihrer Freizeit – weil ihnen die grünen Ziele wichtig sind, weil sie überzeugt sind, das Richtige zu tun und von einer erfolgreichen Wahl profitieren diese Menschen und ihre Familien genauso viel wie Sie, unsere geschätzten Leserinnen und Leser.

Von daher hoffen wir, dass Sie auch dieses Pöggskén als liebevoll erarbeitetes Geschenk annehmen, wünschen Ihnen viel Spaß damit und vor allem: Eine gute Wahl!

Ihre und Eure Pöggskén-redaktion



Wir haben es in der Hand!

Am 26. September ist Bundestagswahl und deutlich tritt der Klimaschutz als Wahlkampfthema in den Vordergrund. Die Hochwässer im Süden unseres Landes und in Rheinland-Pfalz, die Brände in Nordamerika, in Russland, Griechenland, Italien, in der Türkei und in Algerien zeigen uns wohin die Reise geht: Extremwetterereignisse werden aufgrund des menschengemachten Klimawandels häufiger und heftiger.

Die einzige Chance für unsere Kinder, in einer der unseren vergleichbaren Welt und Lebenswirklichkeit zu leben ist, in allen Fragen des Klimaschutzes sofort und

konsequent umzusteuern. Die Aufgabe ist groß, sie ist riesig. Die Wissenschaft sagt uns, dass wir in den nächsten zehn Jahren noch umsteuern können, um Schlimmeres zu vermeiden.

Auch eine Grün geführte Bundesregierung wird das alleine nicht bewerkstelligen können. Inzwischen zeichnen sich aber Verbündete ab. In Brüssel werden ehrgeizige Klimaziele gesetzt und Joe Biden versucht in den USA ein umfangreiches Klimapaket durchzusetzen. Es muss aber noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Deshalb geht es bei grüner Klimapolitik zum einen darum, unseren Bei-

trag durch Einsparungen im CO₂-Ausstoß zu leisten, überhaupt nicht geht es darum Deutschland zum/zur Musterschüler*in zu machen, aber es geht vor allem um eine GLAUBWÜRDIGE Deutsche Klimapolitik, die wir unbedingt brauchen, um die Steine ins Rollen zu bringen.

Nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Staaten dieser Erde, aller Menschen auf diesem Planeten, wird es uns gelingen, die Erderwärmung mit ihren erschreckenden Folgen aufzuhalten. Das Ziel unserer Politik ist, in einer „Koalition der Willigen“ - endlich mal im positiven Sinne – unseren

Beitrag zu leisten und möglichst schnell immer mehr Partner*innen zu gewinnen. Dafür müssen wir überzeugen und überzeugend sein.

Wir bitten Sie: Machen Sie mit! Seien Sie ein Teil der Bewegung, die sich der Klimaveränderung mit ihren Herausforderungen stellt! Vor einer im Sinne des Klimaschutzes veränderten Welt brauchen wir keine Angst zu haben.

Wählen Sie grün! Sprechen Sie mit ihren Kindern und Enkel*innen und lassen Sie sich von ihnen überzeugen! Sie werden sagen: „Mach mit! - Dem Leben zu Liebe.“ Sie haben es in der Hand.

Eure und Ihre Grünen in Telgte

Liebe Telgterinnen und Telgter,

schauen Sie mal kurz aus dem Fenster. Während Sie im „Pöggken“ lesen, ist es entweder gerade schönes Sommerwetter mit milden Temperaturen und Sonnenschein – oder, wie bis Mitte Juli, kühl, und viele Teile Deutschlands sind von Starkregen und Überflutungen bedroht. Oder ist das Wetter komplett umgeschlagen, und es beginnt wie in den drei zurückliegenden Jahren eine erneute Periode mit extremer Hitze und Dürre? Die Bilder der Westküsten Kanadas und der USA mit Temperaturen weit über 50 Grad (!) sind ja noch frisch.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier legte Mitte Juli eine neue Studie zum Strombedarf in Deutschland bis zum Jahr 2030 vor, die nicht überraschte: Will Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen, dann wird deutlich mehr Strom aus Erneuerbaren Energien

benötigt, weil die Zahl der Elektroautos und Wärmepumpen, aber auch vieler anderer Verbrauchsquellen deutlich zunehmen wird.

Die aktuelle Studie des Prognos-Institutes kommt auf eine Größenordnung von bis zu 665 Terawattstunden, die im Jahr 2030 benötigt werden. Das sind noch einmal gut zehn Prozent mehr als noch vor einem Jahr geschätzt. Und damit wird auch die Herausforderung, für die nötige Strommenge zu sorgen, immer größer.

Für den CDU-Wirtschaftsminister war damit klar: Das ist nur zu schaffen, wenn in deutlich größeren Umfang Strom aus Windenergie, Photovoltaik und „grünem“ Wasserstoff als Energieträger der Zukunft produziert wird. Diese Erkenntnis ist im Jahr 2021 ebenfalls keine bahnbrechend neue mehr, denn Fachverbände, Stadt-



werke und Stromlieferanten gehen längst davon aus, dass der Bedarf an elektrischer Energie zur Umsetzung der Energiewende und aus Gründen des Klimaschutzes noch deutlicher steigen dürfte.

Und welche Erkenntnis erwächst daraus hier vor Ort, im beschaulichen Telgte? Der Rat der Stadt Telgte hat einstimmig eine „Klimastrategie“ beschlossen,

die unsere Stadt spätestens bis zum Jahr 2040 klimaneutral machen soll. Wenn wir dieses gemeinsame Ziel ernst nehmen, müssen nun die Maßnahmen vorbereitet werden, die wirklich greifen. Dazu gehört unter anderem der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien, dazu gehört der Bau zusätzlicher Windkraftanlagen, dazu gehört die Nutzung von Freiflächen-Photovoltaik, die es

bislang in Telgte noch so gut wie gar nicht gibt, dazu gehört ein Ausbau der Solaranlagen auf den Dächern unserer Stadt...

Wir dürfen nicht mehr zögern und zaudern. Wir müssen uns jetzt gemeinsam für einen konsequenten Klimaschutz und eine zukunftsfähige Energieversorgung einsetzen. Daran werden die heutigen Generationen rückblickend von ihren Kindern gemessen werden. Ganz gleich, wie heute gerade das Wetter draußen ist.

Mit besten Grüßen und Wünschen Ihr

Abefung Peters

Ehrlich währt am längsten! Ein Gastbeitrag von Markus Fahl

Geschätzte Leser*innen!

Ich bin kein Gegner grüner Politik, aber ich fühle mich tatsächlich politikverdrossen.

Häufig verwundert über politische Entscheidungen, bin ich misstrauisch geworden und befürchte, dass viele Menschen sich eine Wahrheit konstruieren oder konstruieren lassen, die unsere ökologischen Probleme verstärken.

Ein Beispiel: Die Herstellung eines durchschnittlichen Automobils verschlingt ein Drittel der gesamten Energie, die dieser PKW in seiner zu erwartenden Lebensdauer benötigt. Hinzu kommt der ungeheure Bedarf an hochwertigen, aber begrenzt vorkommenden, seltenen Materialien, die auf teilweise unmenschliche Weise gewonnen werden. Der Energiebedarf für deren Förderung ist höher, als unser Klima verkräftet, und der Verschleiß an Menschen ist mehr, als unser Karma verantworten kann. Und

dabei denke ich nur an den Herstellungsprozess. Es wird sich also nicht viel ändern, wenn wir den gegenwärtigen Größen- und Leistungsbedarf bei der Herstellung von E-Automobilen vorantreiben.

Beim Kurs der grünen Partei liegt mir ein zu großer Fokus auf wirtschaftlichem Wachstum. Ich würde mir wünschen, dass an alternativen Konzepten für gesellschaftlichen Wohlstand und vor allem für mehr soziale Gerechtigkeit gearbeitet wird.

Ich erwarte mehr Aufmerksamkeit und Intervention in Bezug auf die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Die Gesundheit, die Lebensräume und die Lebensqualität von Menschen, die in Gegendern wohnen, wo die Rohstoffe für Batterien vorhanden sind, geraten direkt und auch indirekt unter Druck. So wurde zu Beginn der aktuellen Pandemie kurz öf-

fentlich angesprochen, dass Menschen, die einer stärkeren Feinstaubbelastung ausgesetzt sind, häufiger einem schweren Verlauf der Covid-Infektion unterliegen.

Tatsache ist doch, dass wir gemeinsam an dieser Bequemlichkeit, wie sie dem Konsum von Technologie zugrunde liegt, festhalten. Wir erfinden Dinge, deren einziger Nutzen darin besteht, temporär zu gefallen, bevor sie zu problematischem Müll werden. Darüber hinaus werden Ackerflächen genutzt, um den wachsenden Energiebedarf zu decken - und das in einer Welt, in der Menschen hungern.

*Glücklich macht das Gärtnern,
nachweislich von hohem Wert.
Fast schon ist vergessen,
dass Natur alleine uns ernährt.*

Meine Politikverdrossenheit begründet sich in erster Linie mit offensichtlichen Lobbyismus. Die Kluft zwischen Wahlversprechen und

politischer Umsetzung ist mir unbegreiflich. Hier können die Grünen positiv auftrumpfen und zeigen, dass es auch anders geht. Denn wenn Politiker*innen, sprich Volksvertreter*innen, nicht für Vertrauen sorgen, muss sich auch niemand über Verschwörungstheorien wundern.

*Eine Wahl ohne Qual wünscht
Markus Fahl*



Dem Stress auf die Schliche kommen!

Achtsamkeitskurse und Massagekunst

Heike Hegemann-Möllers
Telgte / Raestrup

hegemann@molino-camino.de
www.molino-camino.de

Tischlerei + Bodenlegebetrieb + Fachbetrieb Dämmtechnik

**Röwekamp
& Stumpe**



Tel.: 02582 / 66 88 23
www.roewekamp-stumpe.de

Artenvielfalt im eigenen Garten

Tipps aus der Veranstaltung „Naturnahe Gärten“

In einer Onlineveranstaltung am 3. Mai 2021 sprach Herr Dr. Thomas Hövelmann (NABU) mit Garten- und Balkonbesitzer:innen und Interessierten aus Telgte und Umgebung und stand mit einer informationsgefüllten Präsentation und mit vielfältigen Tipps zur Seite.

Ein wichtiges Fazit für die Teilnehmer:innen war, insbesondere einheimische Pflanzen- und Gehölzarten im eigenen Garten zu säen und zu pflanzen, da einheimische Insekten nicht viel mit exotischen Pflanzenarten anfangen können. Des Weiteren werden ungefüllte Blüten besser angenommen. Es kommt nach wie vor auf eine hohe Vielfalt an Pflanzen, Gehölzen und Strukturen an.

Abgesägtes Holz kann auch gerne einfach in einer stillen Ecke liegen gelassen

werden. Natursteinmauern sollten nicht verfugt werden, bzw. können Natursteine auch zu einem einfachen Haufen gestapelt werden.

Also einfach ruhig mal auf der faulen Haut den eigenen Garten im Liegestuhl genießen. Tiere und Pflanzen freuen sich jedenfalls sehr über den „unordentlichen“ Garten!

Für viel Gesprächsstoff zwischen den Teilnehmer:innen sorgte völlig überflüssige Beleuchtung im und um den Garten. Auf der einen Seite werden Insekten angezogen, um dann vernichtet zu werden durch schlecht eingestellte Bewegungsmelder, Gartenlampen, die die ganze Nacht leuchten – auch wenn sie stromsparend mit Solar betrieben werden – eine Katastrophe für Flora und Fauna!

Doch welche Pflanzen sollen denn nun für den eigenen Garten ausgewählt werden?

Mehrjährige Wildblumenwiesen bieten einen weiteren wertvollen Beitrag. Hierfür stehen einige regionale Saatgutmischungen zur Verfügung. Jeden Spätsommer sollte die Wildblumenwiese abgemäht werden, wobei immer an wechselnder Stelle ca. 10 Prozent stehen bleiben.

Wer sich bereits im Frühjahr an Blüten im eigenen Garten erfreuen möchte, für den sind beispielsweise Blausterne, Winterlinge, Schneeglöckchen, Krokusse, Traubenhyazinthen und Wildtulpen eine gute Wahl.

Weitere Blumen, die von einheimischen Insekten gut angenommen werden, sind Asters, Natternköpfe, Nachtkerzen, Nelken, Salbei und fette Henne. Auch

einheimische Gehölze, wie Holunder, Weißdorn, Schlehe, Haselnuss, Weide, Faulbaum, Wildrosen, Eberesche, Kornelkirsche und Johannisbeere erfreuen mit ihrer Blüten- und Fruchtpracht nicht nur die Insekten sondern auch das menschliche Auge. Kräuter dürfen auch gerne ausblühen und bieten einen leckeren Schmaus. Zusätzlich bieten Kletterwände aus Efeu auch für Vögel eine gute Nahrungsquelle.

Für weitere Informationen und eine individuelle Beratung können gerne die vom NABU ausgebildeten ehrenamtlichen Gartenberater:innen angefragt werden.

a.l.



Ein Tagpfauenauge in den Emsauen
Foto: Ruth Tybus

Geteiltes Echo

Wird der Markt autofrei?

Seit der Fertigstellung der Umgehungsstraße um Telgte und dem Umbau der Altstadtstraßen mit Kopfstein- und Betonsteinpflaster Ende der achtziger Jahre gab es immer wieder Diskussionen unter Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wie auch in den städtischen Gremien, wie denn die Verkehrsführung zum Wohle aller Personen, die sich im Straßenraum aufhalten, am besten gelingen kann.

Bereits die Widmung der Kapellen- und Emsstraße als Fußgängerzone, besonders aber die Sperrung für Kraftfahrzeuge auf der Steinstraße zwischen Lappenbrink und Marktplatz – ausgenommen Lieferverkehr – sorgte nicht nur für Begeisterung. Zwischenzeitlich konnte nur ein Bürger*innenbegehren verhindern, dass der Vorrang auf diesen Straßen den zu Fuß gehenden und Rad fahrenden Personen in Telgte wieder genommen wurde. Die damalige Mehrheit im Rat der Stadt, unterstützt von der damaligen ‚Telgter

Hanse‘, hätte sonst wieder mehr freie Fahrt für Autofahrer*innen auch in der Altstadt durchgesetzt.

Solche Diskussionen sind einem neuen ‚Verkehrszeitgeist‘ gewichen, der die Rechte der schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen in den Einkaufs- und Gastronomie-zonen schützt und dadurch erheblich mehr Aufenthaltsqualität schafft. Motto: „Man trifft sich auf dem Markt.“

Nun geht es darum, so ein Bürgerantrag, der im Juni im Haupt- und Wirtschaftsförderungsausschuss beraten wurde, ob auch der Marktplatz komplett für Autos gesperrt werden soll, will heißen: Von der Einmündung der Bahnhofstraße bis zur Einmündung der Schleifstiege. Gleiches gälte für die Bahnhofstraße von der Königstraße bis zum Markt. „Gute Idee“, quakt ‚Dat Pöggsken‘.

In die gleiche Richtung stößt ein weiterer Bürgerantrag: „An Sonn- und Feiertagen wird der Abschnitt der Bahnhofstraße zwischen

König- und Steinstraße in der Zeit zwischen 11 und 18 Uhr für den motorisierten Verkehr gesperrt. Auch hier ist das Ziel die Verbesserung der Aufenthaltsqualität für einen ‚Marktplatz voll von Menschen‘.

Problem: Wie wird der Kfz-Verkehr gelenkt? Vom Steintor kommend, ist für Autofahrer*innen der Weg ins Gewerbegebiet Kiebitzpohl oder nach Münster über den Lappenbrink und die Westbeverner Straße möglich, oder durch zweimaliges Queren der Bahn am Steintor und an der Einmündung Münstertor.

Vom Münstertor kommend, kann der Autoverkehr wie jetzt über die Königstraße bis zum Steintor und weiter in den Telgter Süden oder nach Warendorf gelangen. Eine Durchfahrt von Warendorf auf der Kreisstraße 50 oder aus Telgte-Süd zum Münstertor ist dann durch die Altstadt nicht mehr möglich.

Zweifellos Nachteile für Quell- und Zielverkehr mit

dem Auto in der Altstadt. Weitere Folge: Grabenstraße, Ritterstraße, Grimmeldorf würden in Richtung Nordwesten (Marienlinde) stärker durch Autoverkehr von Personen befahren, die in der Altstadt wohnen. Sicherlich lohnt ein Test. Der autofreie Marktplatz am Wochenende ließe sich durch entsprechende Beschilderung zügig umsetzen, gegebenenfalls unterstützt durch versenkbare Poller mit Zeitschaltuhr. Danach sollte ein Verkehrsplanungsbüro den Bürger*innen und den Ratsmitgliedern die möglichen Wegeführungen vorstellen.

Und danach: Der Telgter Marktplatz wird autofrei. Die Auswirkungen für Telgter*innen, Tourist*innen, den Einzelhandel müssten in einer Studie wissenschaftlich begleitet werden. Das Ergebnis, zum Beispiel nach einem halben Jahr, würde Vor- und Nachteile beleuchten und eventuell Alternativen vorschlagen.

Dies alles wäre ein Teil des Masterplans ‚Telgter Alt-

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte

Fahrräder 2021

GREENS - Westminster
3-Gang Nabendynamo

Kommen Sie zur Probefahrt – Wir beraten Sie gern und unverbindlich!

Service und Reparatur
Für uns selbstverständlich

Glas · Porzellan · Fahrräder

VOGT
48291 Telgte · Ritterstraße 47

Tel. 0 25 04/21 96 · Fax 0 25 04/7 7377

Geänderte Geschäftszeiten
Di, Do+Fr 9.00 - 13.00 Uhr
u. 14.30 - 17.00 Uhr
Mo + Mi 9.00 - 13.00 Uhr
Sa 9.00 - 12.00 Uhr

stadt 2025“, der dafür sorgen soll, dass die Telgter Altstadt mit ihrem Marktplatz als Identifikationspunkt attraktiv bleibt.

b.d.

Energie für Telgte Grüne wollen mit der Windkraft vorankommen

Über die Notwendigkeit einer Energiewende besteht eigentlich im Stadtrat weitgehende Einigkeit. Über den Weg zu mehr regenerativer Energie in Telgte gibt es aber nach wie vor Uneinigkeit.

Seit Jahren beantragen die Grünen den Ausbau der Windenergie in Telgte. Bisher stehen wir Grüne jedoch immer alleine da. Die Notwendigkeit ist uns in den letzten Wochen wieder drastisch vor Augen geführt worden. Hochwasser bei uns in NRW und die Hitzerekorde in Südeuropa und weltweit machen ein konsequentes Handeln notwendig. Wir sind der Überzeugung, dass ohne die Windkraftnutzung eine Energiewende in Telgte nicht möglich ist. Hierzu liegt der Stadt ein Gutachten des Büros „Energienker“ vor, dem alle Fraktionen zugestimmt haben.

Die Genehmigung von Windkraftanlagen ist eine sehr komplexe Angelegenheit, die schon extrem viele Gerichte beschäftigt hat.



Die Bundesregierung hat die Windkraftnutzung im Außenbereich privilegiert. Das bedeutet, dass eine Windkraftanlage im Außenbereich gebaut werden kann, wenn nicht andere Belange dagegenstehen. Aktuell gibt es zwei Wege, eine Windkraftanlage zu genehmigen.

1. Die Stadt kann einen Bebauungsplan nach dem Bundesbaugesetzbuch aufstellen. Sogenannte „harte Tabukriterien“ wie z.B. Abstände zu Siedlungsflächen, Einzelhäusern, den Flugplatz und zu Naturschutzgebieten führen zu einer erheblichen Einschränkung der Flächen für die Windkraftnutzung. Außerdem muss für jede potenzielle Fläche auch ein Artenschutzgutachten vorgelegt werden, wodurch die Flächen noch weiter eingeschränkt werden.

Gleichzeitig muss die Stadt bei ihrer Planung der Windkraftnutzung „substanziellen Raum“ geben, wodurch die „weichen“ Tabukriterien nur bedingt planerisch genutzt werden können. Die Planungshoheit der Gemeinde ist hier sehr eingeschränkt.

2. Wenn keine Planung der Stadt vorliegt, kann der Kreis Warendorf nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz Einzelgenehmigungen erteilen. Dabei sind im Wesentlichen die gleichen Kriterien anzuwenden.

Nach Überzeugung der Grünen führt sowohl der Weg über die städtische Planung wie auch der Weg über die immissionsrechtliche Zulassung durch den Kreis faktisch zu vergleichbaren Ergebnissen. Der Vorteil ist dagegen, dass nach einer

Aufhebung des Flächennutzungsplans relativ schnell investiert werden kann. Die Stadt verzichtet auf langwierige Planungsprozesse und muss nicht unnötigerweise erhebliche Planungskosten aufwenden, die nur den Investoren zu Gute kommen.

Die ersten Übersichtsuntersuchungen machen deutlich, dass eine Windkraftnutzung weiterhin in den bisher vorgesehenen Konzentrationszonen in Westbevern-Vadrup und in Telgte-Raestrup möglich sein wird. Daneben wird es nur wenige weitere Standorte geben.

Die Aufhebung der aktuellen Festlegungen im Flächennutzungsplan ist mit einer umfassenden Bürgerbeteiligung verbunden. Hier können die umfangreichen Fragen, die bei vielen Telgter Bürgern und Bürgerinnen in der letzten Zeit entstanden sind, diskutiert und geklärt werden. Und wir Grünen sind die letzten, die sich nicht durch gute Argumente überzeugen lassen, falls eine andere Vorgehensweise sinnvoller ist. Der Rechtsanwalt Tyczewski hat erläutert, dass beide Wege möglich sind. Sobald aber eine städtische Planung die Privilegierung der Windkraftnutzung wesentlich einschränkt, läuft sie Gefahr von den Gerichten als ungültig erklärt zu werden. Deshalb sind schon viele Gemeinden im Kreis Warendorf den Weg gegangen, keine eigene Planung mehr aufzustellen. Grundlage soll ein aktuelles Gutachten zu den Potentialräumen sein, um die Diskussion auf eine sachliche Basis zu stellen. Diese Gutachten muss jetzt kurzfristig in Auftrag gegeben werden.

Es ist wichtig, dass wir endlich zu einer Vorgehensweise kommen, die der Windnutzung eine Chance gibt. Und darüber wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürger ins Gespräch kommen. Das wird sicherlich nicht einfach. Ein förmliches Aufhebungsverfahren ist dazu aber ein guter Weg.

Unter Strom Erfahrungsbericht zu Aufbau und Betrieb einer Kleinsolaranlage(KSA)

Pöggsken: Herr Ulick sie haben vor kurzem eine KSA installiert. Wieso eigentlich?

Manfred Ulick: Ich bin durch den Bericht eines Kollegen darauf aufmerksam geworden. Die Einfachheit der Installation fand ich faszinierend und ich wollte schon länger etwas zum Klimaschutz beitragen. Die Gelegenheit war sprichwörtlich günstig und so einfach, dass ich es mir zugetraut habe.

Pöggsken: Und wie ist es gelaufen?

Manfred Ulick: Wie geplant! Die Anlage habe ich mit PKW und Anhänger abgeholt, das wäre aber auch ohne Anhänger kein Problem gewesen. Das Untergestell habe ich auf dem gemieteten Carport aufgebaut. Der Vermieter war natürlich schon vorher von mir informiert worden und hatte keine Einwände, da die Unterkonstruktion nur mit Gewichten beschwert werden muss (Anmerkung der Redaktion: Beton-Randsteine). Also das Dach bleibt unversehrt. Die Solarpaneele werden auf die Unterkonstruktion geschraubt und mit den vorinstallierten Kabeln verbunden. Das war kinderleicht.

Pöggsken: War die Elektrik nicht etwas schwierig?

Manfred Ulick: Eigentlich nicht, die Anlage hätte ich so direkt an eine Steckdose einstecken können. Ich wollte aber auf Nummer sicher gehen und habe einen Elektroinstallateur eine extra Steckdose installieren lassen. Das war nicht besonders teuer, gibt aber ein gutes Gefühl. **Pöggsken:** Und wie läuft die Anlage so?

Manfred Ulick: Erstaunlich gut! Ich habe die 2 Panels in Ost West Richtung aufgestellt, also nicht wie man oft meint rein in Südausrichtung. Trotzdem liefert die Anlage bis zu 600 Watt bei max. Möglichen 700 Watt. Diese Ausrichtung ist für mich besser geeignet, da ich tagsüber oft nicht zuhause bin und eher morgens und

abends den Strom nutzen möchte.

Pöggsken: Gab es Probleme mit dem Netzbetreiber?

Manfred Ulick: Da war ich echt überrascht, der Netzbetreiber (Westnetz) hat hierfür extra ein Formular aufgelegt. Die Anlage wird nur angemeldet, das wars dann auch schon. Echt unbürokratisch!

Pöggsken: Hat sich etwas verändert seit der Installation?

Manfred Ulick: Ja, tatsächlich. Ich habe gleich zu Anfang einen extra Strommesser mit angeschlossen, damit ich immer sehen kann was die Anlage gerade macht. Da habe ich dann schnell festgestellt, dass es sich beispielsweise lohnt Geschirrspüler oder Waschmaschine nicht einfach laufen zu lassen, sondern erst dann, wenn auch die Anlage Strom produziert. Eigentlich macht es seitdem richtig Spaß den eigenen Strom zu verbrauchen!

Pöggsken: Würden Sie eine solche Anlage weiterempfehlen?

Manfred Ulick: Unbedingt! Die kleine Anlage hat alle Erwartungen erfüllt. Gerade für Unentschlossene ist das glaube ich eine gute Investition, denn damit kann man prima erste Erfahrungen sammeln. Ich bin dadurch jetzt richtig auf den Geschmack gekommen: nun plane ich eine „große“ Dachanlage mit 10 kwp!

Manfred Ulick wohnt im Kreis Borken in einer Mietwohnung mit Carport. Die KSA wurde in Eigenarbeit auf dem Dach des Carports installiert. Den elektrischen Anschluss hat ein Elektroinstallateur vorgenommen, was nicht notwendig war, aber aus Sicherheitsgründen vorgezogen wurde.

Wir bedanken uns bei Herrn Ulick für das Gespräch!

Das Interview führte Michael Brandherm

u.w.



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

Kaminzimmer
bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags
ab 11.00 Uhr
Frühstücken
Montag Ruhetag

Im wilden Mann
Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 025 04/66 00
oder 01 71/6 92 34 90

Bürgerantrag bringt Erfolg Rat beschließt Baumschutzsatzung

Der Rat hat in seiner Sitzung im Juni mit den Stimmen von Grünen und SPD eine Baumschutzsatzung für Telgte beschlossen. Ursprung des Beschlusses war ein Antrag von Telgter Bürger:innen. Die Satzung gilt, auf Antrag der SPD, zunächst befristet für 18 Monate. Nach einem Jahr soll evaluiert werden, ob die Baumschutzsatzung ein wirksames Instrument zum Schutz der Bäume ist.

Wir Grüne finden: Die Baumschutzsatzung für



Telgte ist richtig und wichtig, denn sie schützt erhaltenswerte Bäume. Das war bisher nicht der Fall! Bäume sind wichtige CO2-Speicher und spielen somit eine wichtige Rolle beim Kampf gegen den Klimawandel. Zudem lindern sie durch Schatten und Verdunstung erheblich die Auswirkungen der zunehmend heißeren Sommer.

Wer, wie die Telgter CDU, die neue Baumschutzsatzung kritisiert, sollte dazusagen, dass die bisherige Nicht-Regelung dazu geführt hat, dass immer wieder gesunde, erhaltenswerte Bäume ohne ersichtliche Gründe verschwinden. So etwa zuletzt am Milter Weg, wo mehrere alte und gesunde Eichen gefällt wurden. Darüber haben sich einige Anwohner:innen so geärgert, dass sie einen Bürger:innenantrag stellten, mit dem sie eine Baumschutzsatzung forderten. Wir

Grüne haben das Anliegen aufgegriffen. Schon in der Vergangenheit haben wir - mehrfach erfolglos - versucht, eine Baumschutzsatzung zu erlassen.

Die beschlossene Satzung schützt Bäume, die in einer Höhe von einem Meter einen Stammumfang von über 80 Zentimeter haben. Von der Regelung gibt es einige Ausnahmen, etwa für kranke Bäume oder solche, von denen eine Gefahr ausgehen könnte. Diese „Fälle“ sind explizit in der Baumschutzsatzung genannt und sind von der Bestandserhaltung ausgenommen.

Soll ein Baum ohne Grund gefällt werden, so kann dies bei der Verwaltung beantragt werden. Diese kann die Fällung gegen eine Ersatzpflanzung oder eine Ersatzzahlung, mit der neue Bäume gepflanzt werden, erlauben.

m.h.

Stadtarchiv zieht in neue Räume

Es ist so etwas wie das Gedächtnis der Stadt: das Stadtarchiv. Bislang eher schlecht als recht in einem kleinen Kellerraum, durchzogen von Heizungsrohren und Kabeln, im Keller des Rathauses untergebracht, liegen hier Tausende von Schriften und Fotos aller Art zur Stadtgeschichte Telgtes.

Das beginnt mit der Zeit der Stadtwerdung und endet - im Prinzip gestern. Man kann hier also nicht nur über das finstere Mittelalter forschen, sondern auch zur Zeitgeschichte oder über die eigene Familie, denn das Archiv wacht auch über eine Anzahl von Nachlässen, die Telgter Bürger zur Verfügung gestellt haben.

Julia Pötzelt, seit 2019 Leiterin des Stadtarchivs, freut sich über jeden Nachlass, jede Fotosammlung. Aber nicht alles bekommt einen Platz im Archiv: Es muss schon einen Bezug zur Stadtgeschichte haben.

Der größte Teil der Arbeit von Frau Pötzelt besteht darin, die Archivalien zu erfassen, um sie für die Öffent-



lichkeit recherchierbar zu machen. In Zukunft soll das natürlich auch digital über das Netz möglich sein; aber das ist eine Mammutaufgabe und nicht von heute auf morgen zu schaffen. Es müssen ja auch noch Besucher betreut, Anfragen beantwortet werden und Einiges mehr.

Auch wenn heute Vieles nur noch digital archiviert wird, ist der Zuwachs im Archiv groß, es herrscht akuter Platzmangel.

Das hat auch die Stadt gesehen und sich - unterstützt vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe - um Lösungen bemüht. Bald kann das Archiv in einen größeren, trockenen und sicheren Raum umziehen. Dann sind nicht nur die Archivalien fachgerecht verwahrt, sondern Frau Pötzelt kann auch wieder mit Stolz Besucher durch das Archiv führen.

Ansprechpartnerin: Julia Pötzelt, Tel. 02504-13312

c.g.

Finger WEG!

Die städtischen Wirtschaftsbetriebe Telgte hielten für die Stadt Telgte 6100 RWE-Aktien. Und das, obwohl die Geschäftspolitik der RWE AG im deutlichen Widerspruch zu den Bemühungen der Stadt Telgte, den Klimaschutz voranzutreiben und die Pariser Klimaziele zu erreichen, steht!

RWE setzt weiterhin auf eine klimaschädliche Energieerzeugung. Im Fokus der Energieproduktion von RWE stehen Gas (33 Prozent), Kohle (26 Prozent) und Kernenergie (15,5 Prozent). Bei RWE handelt es sich trotz aller gegenteiligen Beteuerungen weiterhin um ein Unternehmen, das in hohem Maße zum CO2-Ausstoß beiträgt.

Der Ausbau erneuerbarer Energien hat bei RWE keine Priorität. RWE setzt weiterhin auf Kohle und verklagt beispielsweise Länder wie die Niederlande, wenn diese aus der Kohleverstromung aussteigen wollen.

Kohle wird noch jahrelang zum Hauptgeschäft von RWE gehören. Der NGO „urgewald“ aus Sassenberg zufolge zählt RWE (Stand Herbst 2020) nach wie vor zu den 25 größten Kohlekraftwerksbetreibern und Kohleförderern weltweit.



Transparent vor dem Rathaus

2019 hat der Konzern laut „urgewald“ knapp 65 Millio-

nen Tonnen aus der Erde geholt. RWE wird voraussichtlich auch weiterhin mehr CO2 ausstoßen als jedes andere westeuropäische Unternehmen. Von konsequenter Nachhaltigkeit ist der Konzern weit entfernt.

Andere Energieversorger, wie etwa der größte dänische Energieversorger Orsted, zeigen, dass ein Kohleunternehmen die Transformation zu einem ökologischen Unternehmen schaffen kann. RWE hat sich in dieser Hinsicht jedoch kaum bewegt und zeigt auch keine Ansätze, zu einem nachhaltigen und ökologischen Unternehmen zu werden.

Diese Geschäftspolitik von RWE kann und darf eine Kommune wie Telgte, die



Transparent auf einer Demonstration gegen die Aktien der RWE

ambitionierten Klimaschutz verfolgt und den Klimanotstand ausgerufen hat, nicht durch den Besitz von RWE Aktien unterstützen.

Auf Grünen Antrag hin hat der Rat am 01.07.2021 mit den Stimmen von Grünen und SPD beschlossen, die Aktien zu verkaufen. Nach einer Demonstration im Jahr 2011 (siehe Bild) gegen die Telgter RWE Aktien und zahlreichen Anträgen der Grünen Fraktion sind die RWE Aktien in Telgte damit endlich Geschichte.

m.h.

Ich wähle grün, weil wir nur echte grüne Politik die Welt noch retten kann! Für uns in Telgte liegt mir die echte Verkehrswege sehr am Herzen. Bus und Bahn statt B51-Autobahn!

Marian Husmann



Ich wähle grün, weil Die Grünen für die Werte und Ziele eintreten, die auch meine sind. Besonders am Herzen liegt mir die Rettung des Klimas und damit des gesamten Gleichgewichtes auf unserem schönen Planeten. Ebenso das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, für ein friedvolles Miteinander in unserer diversen Gesellschaft, das Leben von Demokratie und Menschlichkeit. Die Farbe grün steht für Hoffnung, Natur, Leben, Gleichgewicht, Klarheit und Bewusstsein. Lasst uns hoffnungsvoll in die Zukunft schauen - gemeinsam mit neuer Kraft und Verbundenheit.

Ruth Tybus



Erde 1 aufgebraucht

Der Erdüberlastungstag bezeichnet den Tag, an dem die regenerierbaren Ressourcen der Erde aufgebraucht sind und ab dem wir die Erde übernutzen.

Nach Informationen der Organisation WWF lag der Erdüberlastungstag vor 20



Jahren noch im September. Demnach gehen heute knapp 60 % des ökologischen Fußabdrucks der Menschheit auf den Ausstoß von Kohlenstoff zurück.

Laut der Analyse des Global Footprint Networks war hierzulande der nationale Erdüberlastungstag bereits Anfang Mai erreicht. „Wenn alle Länder so wirtschaften würden wie Deutschland, bräuchten wir nicht einen, sondern knapp drei Planeten“, sagte Germanwatch-Sprecher Vogel gegenüber der Zeitung „Die Rheinpfalz“.

v.k.

Gute Nachrichten aus der Kämmerei Schlechte Erwartungen erfüllen sich nicht

In der Juli-Ratssitzung hatte unser Kämmerer, Herr Herzig, gute Nachrichten im Gepäck: die Gewerbesteuererinnahmen - eine der Haupteinnahmequellen der Stadt - sind im Jahr 2021 voraussichtlich deutlich höher als zunächst angenommen. Statt der geschätzten 9,9 Millionen Euro können es bis zu 18 Millionen Euro werden. Auch wenn es sich dabei zum Teil um Nachveranlagungen aus den vergangenen Jahren handelt, lässt sich doch erkennen, dass die Telgter Wirtschaft insgesamt recht gut durch die Pandemie kommt.

Ein Teil dieser Mehreinnahmen sind noch mit einem mehr oder weniger großen Fragezeichen versehen, da immer noch die Pandemie für viele Firmen einige Unwägbarkeiten bereithält. So wurden zunächst 3,3 Millionen Euro gestundet; wie viel davon letztendlich eingenommen werden kann, bleibt abzuwarten.

Auch geht ein gewisser Teil der Mehreinnahmen wieder

dadurch „verloren“, dass die damit verbundenen Umlagen (Gewerbesteuerumlage, Kreis- und Jugendamtsumlage) den städtischen Haushalt in den nächsten Jahren wieder stärker belasten.

Alles in allem bleibt aber ein erklecklicher Rest, der für die anstehenden Aufgaben zum Klimaschutz und für den Ausbau der Schulen dringend benötigt wird.

p.s.

Ich wähle grün, weil es mit dem Klimaschutz jetzt endlich vorangehen muss.



Hans-Georg Hollenhorst

Unser Trinkwasser Unsichtbar, aber lebenswichtig

Mit diesem Titel wurde eine Zoom Veranstaltung der Grünen in Telgte am 28.7.21 mit Henry Tünte, vom Wassernetz NRW überschrieben.

Das Wassernetz NRW ist ein Projekt vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Naturschutzbund (NABU), Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU) und dem Land NRW. Das Ziel dieses Netzwerkes ist die Umsetzung der EG Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) aus dem Jahr 2000, in NRW ist sie im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) verankert.

Der „gute Zustand des Grundwassers“ soll mit der WRRL gesichert, bzw. wieder hergestellt werden, das bedeutet mit Bezug auf die Fördermenge:

- » Die Wasserentnahme darf lediglich einen Teil (etwa ein Drittel) des jährlich neu gebildeten Grundwassers betragen.
- » Grundwasser-abhängige Ökosysteme dürfen nicht geschädigt werden.

Alle sechs Jahre gibt es eine Einschätzung des mengenmäßigen Zustandes durch Trendanalysen und Bilan-

zierung von Grundwasserneubildung gegenüber der Grundwasserentnahme. Nach Ergebnissen des Bewirtschaftungsplans (2016 – 2021) ist der mengenmäßige Zustand in NRW in den meisten (!) Grundwasserkörpern nicht gefährdet.

Diese Analyse wird von Henry Tünte allerdings kritisch gesehen, weil es keine kreisübergreifende Erfassung des Zustandes der Grundwasserkörper gibt und somit die jeweilige Wasserbehörde Genehmigungen für Wasserrechte ohne ausreichende Datenverfügbarkeit erteilt.

Die Prognosen für die Grundwasserneubildung in den kommenden Jahrzehnten bis ins Jahr 2100 sind nach Einschätzung des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) nicht gut. Dort wird von einem Rückgang der Grundwassererneuerung stellenweise von bis zu 100 - 200 mm pro Quadratmeter und Jahr ausgegangen. Ursache für den Rückgang sind im Wesentlichen die höheren Temperaturen im Sommer, die einen höheren Wasserbedarf in vielen Bereichen mit sich bringen und die zwei Wochen längere Vegetationsperiode, in der die Natur

mehr Wasser verbraucht. Grundwasserneubildung findet nur von Oktober bis März statt. Aktuell bewegt sich die mittlere Grundwasserneubildung zwischen 100 und 200 mm pro Jahr.

Charakteristische „Leitparameter“ für den chemischen Zustand sind:

- » Gehalt an Nährstoffen, vor allem Nitrat
- » Schwermetalle
- » Pflanzenschutzmittel

Ein „guter chemischer Zustand“ ist gegeben, wenn die Konzentration von bestimmten Schadstoffen den geltenden Qualitätsnormen entspricht. In NRW besteht ein gemeinsames Messstellennetz für das ökologische und chemische Monitoring von 1720 Grundwasserkörpern, das in einem Zyklus von drei Jahren ausgewertet wird.

Nach einer Berechnung des elektronischen wasserwirtschaftlichen Verbundsystems NRW (ELWAS-WEB) ist die Zielerreichung eines guten chemischen Zustandes des Grundwasserkörpers für das Jahr 2027 in Telgte unwahrscheinlich. Hier spielen 1,2 mg Dichlorpropan, ein Rückstand aus Pflanzenschutzmitteln, eine Rolle. Seit einigen Jahren müssen

zwei Förderbrunnen gespült werden, die Konzentration ist rückläufig.

Was also ist zu tun, um einen guten Zustand der Gewässer und des Grundwassers zu erreichen oder zu erhalten?

Es muss eine Klimafolgenanpassung geben. „Wenn wir über Klimawandel reden, reden wir vor allem über Wasser“, Zitat von Veronica Manfredi, Internationale Kommission zum Schutz des Rheins.

Zu einer Anpassung gehört der Umbau der jetzigen Entwässerungslandschaft zur Schwammstadt, also grüne Infrastruktur vor grauer.

Um die Hochwassergefahr zu verringern, muss es eine bessere Retention (Das Zurückhalten von abfließendem Niederschlag) geben, was gleichzeitig eine gesteigerte Grundwasserneubildung zur Folge hat, die dringend notwendig ist. Durch die Verdunstung wird auch Kühlung erreicht, welche dem Stadtklima im Sommer zugute kommt.

Die Maßnahmen in der Wasserwirtschaft sollten sein:

- » Kein Neubau bzw. Rückbau in Überschwem-

mungsgebieten

- » Rückbau von Mischwasserkanälen
- » Rückbau von Drainagen/ Wiedervernässung
- » Renaturierung von Gewässern/ Wiederherstellung von Auen
- » Entsiegelung
- » Lokale Regenwasserversickerung (z.B. Versickerungsmulden)
- » Dachbegrünung
- » Verzicht auf sommerliche Bewässerung (Landwirtschaft)
- » Umwandlung von Acker zu Grünland
- » Erstellung Starkregengefahrenkarte

Um dem Klimawandel etwas entgegen zu setzen, sind alle Bereiche gefordert, ob im Großen wie in der Wirtschaft und der Produktion oder im Kleinen bei jedem Einzelnen von uns. Nur wir alle gemeinsam auf diesem Planeten können das Ruder noch einmal herumreißen. Die meisten Menschen sind bereit dazu, die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen. Am 26. September haben wir die Möglichkeit die Weichen für eine lebenswerte Zukunft unserer Kinder zu stellen.

v.k.

Geschafft! Bedarf an Kita-Plätzen gedeckt

Nachdem in den vergangenen Jahren, die Sorge bei Eltern um einen Kindergartenplatz für ihr Kind recht groß war, dürfen sie in diesem Jahr endlich aufatmen.

Als stellvertretende Leitung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien beim Kreis Warendorf, hatte Frau Darpe im Sozialausschuss im Mai Erfreuliches zu berichten. Trotz des weiterhin sehr hohen Bedarfs an Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige, werden zum jetzt begonnenen Kindergartenjahr alle Telgter Familien, die eine Betreuung für ihre Kinder in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege wünschen, diese auch bekommen.

Dazu sollten zum 1. August eine zusätzliche (Außen-) Gruppe der Kita Feuerbachstraße im Gebäude der Sparkasse Platz finden und die Räume der Großtagespflege an der Bahnhofsstraße zeitnah durch Tagesmütter übernommen werden.

In den vergangenen Jahren mussten Stadt und Träger einiges dafür tun, um den Betreuungsbedarf in Telgte abzudecken. Ganze drei Kindergärten wurden innerhalb der letzten fünf Jahren neu errichtet und weitere Gruppen in den bestehenden

Kitas neu eingerichtet. Verglichen mit anderen Kommunen im Kreis ist die Nachfrage nach Betreuungsplätzen besonders für die Unter-Dreijährigen in Telgte sehr hoch.

Seit August 2013 haben Familien einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Dadurch, dass Gruppen für die Jüngsten aber kleiner sind, mussten zusätzliche Gruppenräume her.

Durch den zeitgleichen erhöhten Zuzug nach Telgte, Änderungen beim Elterngeld usw. stand die Verwaltung vor einer riesigen Herausforderung. Umso größer die Freude, dass wir den Bedarf an Betreuungsplätzen in den letzten Jahren so gerade decken konnten. Mit diesem Kita-Jahr fällt endlich der große Druck der letzten Jahre ab, es sind kaum mehr Überbelegungen notwendig.

So können in diesem Jahr alle Kinder gut ins neue Kita Jahr starten.

r.w.

Verhältnismäßiger Schulstart?

Nach den Sommerferien hat für die Kinder der Unterricht an den Schulen wieder unter den gleichen Bedingungen begonnen wie er vor den Ferien aufgehört hat: Präsenzunterricht für alle, mit regelmäßigen Tests und Maskenpflicht.

Seit über einem Jahr engagiert sich die überparteiliche Initiative „Kinder brauchen Schule“, die auch von zwei Telgter Initiatorinnen getragen wird, für eine der Pandemie und den Bedingungen von Familien angemessenen Bildungspolitik, die die Rechte der Kinder auf Bildung stärker berücksichtigt.

Die intensiven Recherchen der Initiative haben an viele Stellen einen breiten Blick auf das Thema ermöglicht. Es ist deutlich, dass die Entscheidungen in Schulfragen in vielen Fällen politische sind: Bei gleichen wissenschaftlichen medizinischen Erkenntnissen und Hinweisen der kinderärztlichen Fachgesellschaften werden sowohl innerhalb von Deutschland als auch im europäischen Ausland die Prioritäten verschieden gesetzt - und dies mit sehr unterschiedlichen Auswirkungen auf den Alltag der Kinder.

Wir haben in den letzten Monaten auch von der Grünen Landtagebene die stärkere Berücksichtigung der Folgen für die Kinder und Jugendlichen eingefordert.

In Dänemark beispielsweise

tragen Lehrer*innen und Pädagog*innen an Grundschulen (Klassen 0-9) keine Maske, weil die Schülerinnen und Schüler die Mimik des Personals sehen und verstehen sollen, eine Test- und Maskenpflicht bis Klasse 9 gab es dort nie. Dänemark und Norwegen beenden zum 1. Oktober sämtliche verpflichtenden Covid-Maßnahmen.

Die Initiative weist aus diesen Gründen immer wieder deutlich auf mögliche Spielräume zu Gunsten der Kinder hin. Aus ihrer Sicht wird die zentrale medizinische Botschaft der Forschungen zu wenig berücksichtigt, dass nämlich Covid-19 für Kinder ohne Vorerkrankungen keine besondere Gefährdung darstellt und auch dauerhafte Langzeitschäden nicht bekannt sind.

Sie kritisiert, dass die Einschränkungen für Kinder weiterhin von dem Interesse geleitet sind, vor allem erwachsene Menschen zu schützen - obwohl durch das Impfangebot für alle Er-

wachsenen und schon eher für die Lehrerinnen und Lehrer eine ganz andere Ausgangslage als im letzten Jahr besteht.

Die Forderung der Initiative: Die Restriktionen für Kinder und Jugendliche müssen aufgehoben werden und dürfen nicht „vorsorglich“ getroffen werden, wie von der Landesregierung bestimmt. Einschränkungen für Kinder müssen verhältnismäßig bleiben und ihnen muss ein ganzheitliches Gesundheitsverständnis (psychosozial und medizinisch) zugrunde liegen. Die inzwischen bekannten negativen Folgen aufgrund der vielfältigen Einschränkungen müssen klar benannt und begrenzt werden.

Auf der Seite <https://www.kinderbrauchenschule.de> sind offizielle Presseartikel, Stellungnahmen und interessante Infos von Kinderärzten, zur Schulpolitik in Deutschland, Europa und weltweit zusammengetragen.

k.m.

Ich wähle Grün, weil ich meinen Kindern und Enkelkindern verpflichtet bin.



Thomas Ungruhe

mindermann
Augenoptik am Baßfeld
Ursula Mindermann
Dipl.-Ing. für Augenoptik, IVBV, WVAO

Baßfeld 12 · 48291 Telgte · Fon 0 25 04-50 50 · Fax -50 60
mindermann-augenoptik.de · info@mindermann-augenoptik.de

Hi, ich bin
Jost Behre

Sprecher & Designer
02504 708 475 1
hallo@jostbehre.info

ZWEIRAD ROSS
Schürenstraße 7-9 · Sassenberg · zweirad-ross.de

HNF NICOLAI
XD3

Konsequent hochwertig und wartungsarm ausgelegt.

- BOSCH Motor: Performance CX, Akku: InTube 625 Wh
- Enviolo TR das stufenlose Getriebe statt Schaltung
- Gates Carbon Drive statt Kette
- Supernova-Lichtanlage

JETZT PROBEFAHREN

LEASING MIT VIELEN ANBIETERN MÖGLICH

Deutschland - alles ist drin Das Grüne Angebot an Euch

Liebe Wähler*innen, durch Wahlen entscheidet eine Gesellschaft, wer sie sein will. Das gilt erst recht für diese Bundestagswahl am 26. September. Mit ihr endet eine Ära und eine neue kann beginnen. Zukunft ist aber nichts, was uns einfach widerfährt. Sie, liebe Wähler*innen, können mit Ihrer Stimme selbst entscheiden, welche Richtung sie nimmt.

Wir, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, legen unser inhaltliches Angebot an Sie vor. Wir tun dies in einer Zeit des globalen Ausnahmezustands. Die Pandemie hat uns alle bis ins Mark getroffen. Die globalen Krisen dieser Zeit – zuallererst die Klimakrise als wahre Menschheitskrise – wirken in unser aller Leben hinein und gefährden Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Jetzt ist es Zeit, dass die Politik über sich hinauswächst.

Je besser wir vorsorgen, je widerstandsfähiger wir werden, je besser wir schützen, umso freier können wir leben.

Als Gesellschaft haben wir den Schlüssel für so vieles schon in der Hand. Wir wissen, wie man eine Industriegesellschaft sicher ins Zeitalter der Klimaneutralität führt. Wie man dafür den Kohleausstieg beschleunigt und Versorgungssicherheit gewährleistet, wie viel mehr Strom aus Wind und Sonne gewonnen werden kann und der Naturschutz gestärkt wird. Wir wissen, wie man eine sozial-ökologische Marktwirtschaft entwickelt, die zukunftsfähige Jobs, sozialen Schutz und fairen Wettbewerb in Deutschland und Europa zusammenbringt, wie man der Globalisierung klare Regeln setzt und multinationale Konzerne angemessen besteuert. Wir wissen, wie wir in eine starke Gesundheitsversorgung und eine moderne Infrastruktur, in gute Schulen und öffentliche Räume, in einen gut funktionierenden und bürger*innennahen Staat investieren können. Es ist möglich, Ungleichheit

zu verringern, gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Dorf, in der Kleinstadt und in der Metropole herzustellen und Kinder ins Zentrum zu rücken. Wir können eine volle Gleichberechtigung der Geschlechter erreichen und eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft gestalten. Wir sind in der Lage und fest entschlossen, Europa als Wertegemeinschaft demokratisch zu stärken und im globalen Systemwettbewerb gerechter und handlungsfähiger zu machen. Aber Worte allein reichen nicht, wir müssen es auch tun.

Reaktive Politik hat die letzten Jahre über versucht, das Schlimmste zu verhindern. Aber es geht darum, das Beste zu ermöglichen. In kurzer Zeit eine klimaneutrale Gesellschaft zu werden, ist eine epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft. Wir wollen einen Aufschwung schaffen, der über das rein Ökonomische hinausgeht. Einen Aufschwung, der das ganze gesellschaftliche Leben in seiner Stärke und Vielfalt erfasst: Bildung und Kultur, Arbeit und Digitalisierung, Wissenschaft und Innovation.

Wenn Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, uns das Mandat dafür erteilen und wir diese Projekte mit Ihnen Schritt für Schritt umsetzen dürfen, schaffen wir zusammen die Grundlagen für ein Jahrzehnt des mutigen Vorgehens, des Machens, des Gelingens.

Nach einer Ära der politischen Kurzfristigkeit bringen wir den langen Atem und die Durchsetzungsfähigkeit mit, um unser Land – im Herzen Europas, der Welt zugewandt – in eine bessere Zukunft zu führen.

Ja, zu führen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik kämpfen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, um die politische Führung in diesem Land, inhaltlich und personell. Wir stehen auf einem festen Wertefundament und sind tief verwurzelt in der Gesellschaft. Wir haben ein klares Ziel für

dieses Jahrzehnt vor Augen: klimagerechten Wohlstand. Das ist unser Angebot und so werben wir um Mehrheiten für die kommenden vier Jahre. Wir laden Sie ein, mit uns diesen Weg zu gehen.



Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Klimaneutralität ist dabei eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr soziale Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand. Sie gilt es zu ergreifen.

Je entschiedener wir handeln, desto mehr Freiheiten und Alternativen sichern wir für jetzige und künftige Generationen. Wir werden deshalb konsequent den Weg zur Klimaneutralität gehen. Wir lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-Pfad führen.

Die Zukunft wird damit leiser, sauberer, gesünder, günstiger und sozial gerechter. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die sich nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können.

Mit dieser großen Veränderung entstehen neue Geschäftsfelder, neue Industriezweige, neue Arbeitsplätze. Klimagerechter Wohlstand bedeutet Ökologie und Soziales zusammenzudenken und den Übergang gut zu gestalten: für Menschen in der Stadt und auf dem Land, für die Handwerkerin wie für den Stahlarbeiter.



Der Verlust an intakter Natur und Umwelt ist ebenso dramatisch wie die Klimakrise und eine der größten Bedrohungen für ein gutes und gesundes Leben. Wenn wir unsere Lebensgrundlagen schützen wollen, wenn wir auch die zweite große ökologische Krise, das Artensterben, eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als einer Kurskorrektur, dann brauchen wir einen neuen Kurs. Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer Politik und tragen so auch zu mehr Umweltgerechtigkeit bei. Entsprechend verändern wir die Wirtschaftsweise, denn auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben.

Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde.

Wie beim Klimaschutz zählt auch beim Naturschutz jeder Tag. Deshalb werden wir ein Sofortprogramm Artenschutz auflegen, mit dem wir den Pestizideinsatz deutlich verringern und den Einsatz besonders schädlicher Umweltgifte wie Glyphosat untersagen. Wir wollen den Verkauf von naturwertvollen bundeseigenen Flächen sowie die Entwässerung von Moorstandorten stoppen und militärische Konversionsflächen dem Naturschutz zur Verfügung stellen.



Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Für große Teile der deutschen Industrie ist das Pariser Klimaabkommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die Märkte der Zukunft klimaneutral sind.

Unsere Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzierung richten wir darauf aus, auch beim Wirtschaften innerhalb der planetarischen Grenzen stabil zu bleiben. Wir können eine sozial-ökologische Marktwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls in Europa begründen, die Wohlstand mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie ist Ausgangspunkt für eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft, die Lebensqualität sichert, uns Menschen freie Entfaltung ermöglicht und einen klimagerechten Wohlstand schaffen kann.

Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und sozial gestalten, können sie Innovationen entfachen, die wir für die Transformation brauchen.

Wir sorgen dafür, dass sich sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung stärker stellen. Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat der demokratischen Politik zu behaupten. Wir wollen die enorme Kluft zwischen Arm und Reich verringern, denn Gesellschaften, in denen die Ungleichheit gering ist, sind insgesamt zufriedener Gesellschaften.

Die Digitalisierung bedeutet einen weiteren großen Umbruch, der unsere Wirtschaft und die Gesellschaft maßgeblich prägt. Wir wollen die Digitalisierung ge-



stalten und dafür sorgen, dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig werden. Deutschland und Europa sollen auch bei Zukunftstechnologien die Spitze beanspruchen. Daten sind eine Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Anwendungen der Künstlichen Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze schaffen, um eine gemeinsame, freiwillige Nutzung sowohl von nicht personenbezogenen, aber anonymisierten Daten, zum Beispiel aus Entwicklungs- und Fertigungsprozessen, zu verbessern und rechtssicher zu gestalten. Davon profitiert vor allem der Mittelstand.

Die eigene kritische Infrastruktur wollen wir schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur auf Basis von Open-Source-Technologien realisieren. Europa muss in eigene Expertise im Bereich der Verarbeitung großer Datenmengen für Künstliche Intelligenz investieren.



Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen Infrastruktur. Daher ist es

umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß gefahren und nicht investiert wurde. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder der Batterieproduktion droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU konsequent in Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren.

Gleichzeitig stärken wir den EU-Haushalt, indem wir ihn mit eigenen Einnahmen ausstatten. Die EU soll die Einnahmen des CO2-Grenzausgleichs erhalten. Auch die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken.

Öffentliche Daseinsfürsorge, gute Gesundheitsversorgung und Bildung müssen in allen europäischen Mitgliedsländern gestärkt werden.

Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen Weltwährungssystem finden.



Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit. Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die Parlamente. Das ist eine Aufgabe für alle Ge-

schlechter. Dafür braucht es auch Männer, die für eine Gesellschaft einstehen, in der Macht, Möglichkeiten und Verantwortung gerecht geteilt werden und Sexismus entschieden bekämpft wird.

Die neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven, verlässlich finanzierten und unabhängigen Institution ausbauen, die gesichertes Wissen zu den Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt und wirksame Maßnahmen für Gleichberechtigung entwickelt, bündelt und für Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit zugänglich macht.

Es wird Zeit für eine feministische Regierung, in der Menschen aller Geschlechter gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.



Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind Menschen mit eigenen Bedürfnissen, die es zu erkennen und zu stärken gilt. Wir werden sicherstellen, dass die Rechte und das Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen und maßgeblich berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre

Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können.

Bei allen Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im Baugesetzbuch und im Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigen.



Wir alle sind unterschiedlich, aber an Rechten und Würde gleich. Zusammenhalt in Vielfalt setzt voraus, respektiert, anerkannt und gehört zu werden, mitgestalten und teilhaben zu können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleichberechtigte zu begegnen, das Gemeinsame neben den Unterschieden zu sehen. Deshalb werden wir das Leitbild „Einheit in Vielfalt“ zur Gestaltung einer rassismuskritischen und chancengerechten Einwanderungsgesellschaft gesetzlich verankern.

Staatliches Handeln soll auf unsere vielfältige Gesellschaft ausgerichtet sein und Gleichberechtigung sicherstellen. Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen, in einem ersten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.



Liebe Wählerinnen und Wähler,

wir haben Ihnen in unserem Programm beschrieben, welche Richtung wir mit einer neuen Politik einschlagen wollen und welche Projekte nach unserer Überzeugung in eine bessere Zukunft führen.

Wir sind als Politiker*innen dem Gemeinwohl verpflichtet und damit beauftragt, Ihnen, den Menschen in diesem Land, zu dienen. Wir brauchen die lebendige, kontroverse Diskussion und die Bereitschaft, Zustände und Konzepte zu hinterfragen und zu lernen, sonst geht es nicht voran.

Wir wissen, dass Sie sich genauso ernsthafte Gedanken über unsere Zukunft als Gesellschaft machen wie wir. Und deshalb sagen wir: Ja, unsere Vorhaben sind ambitioniert, nicht zuletzt die Menschheitsaufgabe Klimaschutz, weil weniger den Herausforderungen nicht gerecht würde. Und nein, wir können nicht versprechen, dass jedes einzelne Projekt genau so Wirklichkeit wird. Wir können nicht versprechen, dass niemand durch Klimaschutz belastet wird.

Was wir Ihnen versprechen: Wir haben uns seit vielen Jahren vorbereitet, und wir werden alles daransetzen, so viel zu erreichen, wie wir irgend möglich machen können. Denn Regieren ist kein Selbstzweck. Unser Anspruch ist nicht weniger als eine Erneuerung des Landes.

Jetzt liegt es bei Ihnen. In Wahlen entscheidet eine Gesellschaft darüber, wer sie sein will. Wahlen sind ein Moment der Freiheit. Nutzen Sie ihn – für die Freiheit.



Daran könnte man sich gewöhnen: Freie Fahrt für Radfahrer auf der Bundesstraße.

Fahrraddemo Gegen den Ausbau der B51 und der B64

Am 25. Juli fand die Demo für eine Mobilitätswende und gegen die Ausbaupläne der B51 und der B64 im Rahmen der Tour de Natur 2021 in Telgte auf der Planwiese ihren Höhepunkt. Die Tour de Natur findet seit 1991 jedes Jahr statt und stellt sich an die Seite von Umweltaktivisten und nimmt Themen aus der Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik auf.

Aufgerufen zu der Demo hatten die sechs Bürgerinitiativen gegen den Ausbau entlang der B51 und B64. Die rund 600 demonstrierenden Radfahrer*innen fuhren auf den Bundesstraßen aus Münster und Warendorf

zu der Kundgebung auf die Planwiese nach Telgte. Die Sprecher der Bürgerinitiativen machten in ihren Reden deutlich, warum sie diese Planungen für überholt und veraltet halten.

Dr. Maria Odenthal-Schnittler (Bürgerinitiative B 51 Telgte) kündigte eine Online-Petition an, deren Start noch bekannt gegeben wird. Darin geht es nicht nur um den Stopp der Ausbaupläne, sondern auch um eine Umwidmung in alternative Verkehrskonzepte für die Ost-West Verbindung zwischen den Oberzentren Bielefeld und Münster. Für eine erfolgreiche Petition an den Petiti-

onsausschuss im Bundestag müssen innerhalb von vier Wochen mindestens 50 000 Unterschriften gesammelt werden. Das Ziel ist, den aktuellen Bundesverkehrswegeplan außer Kraft zu setzen, der in vielen weiteren Teilen des Landes aus heutiger Sicht unsinnige Ausbaupläne von Straßen ,u.a. für den Schwerlastverkehr, beinhaltet.

Mit starker grüner Beteiligung an der nächsten Bundesregierung könnte eine echte Verkehrswende, die ihren Namen verdient, Wirklichkeit werden.

v.k.

Nadelöhr Pleister Mühle Veloroute im Süden stockt an Münsters Grenze

Die Veloroute (Radschnellweg) im Telgter Norden, vorbei am Institut der Feuerwehr, durch Handorf und den Boniburger Wald, ist mehr oder weniger fertiggestellt. Hier fehlt nur noch die entsprechende Umsetzung auf Münsteraner Stadtgebiet, insbesondere an der Werse in Handorf.

Ansonsten bietet die Route eine gute Alternative zum Auto oder Zug. In 30-45 Minuten ist der etwa 14 Kilometer lange Weg von Telgte nach Münster mit dem Fahrrad zu schaffen.

Im Telgter Süden lässt eine Veloroute allerdings noch auf sich warten. Problematisch ist hier insbesondere die Umsetzung auf Münsteraner Stadtgebiet.

Die Stadt Telgte hat jetzt kurzfristig 250.000 Euro bereitgestellt um einen Teil des geschotterten Wegs zwischen Pollerts Kreuz und Pleister Mühle zu asphaltieren. Die Bezirksregierung fördert die Maßnahme mit 200.000 Euro, so dass 50.000 Euro als Kosten für die Stadt verbleiben.

Allerdings bleibt der Weg

auf Münsteraner Stadtgebiet weiterhin in einem schlechten Zustand. Wir haben die Verwaltung daher nochmals aufgefordert, mit der Stadt Münster hier für eine Lösung zu sorgen.

Allerdings ist die Streckenführung über die Wersbrücke an der Pleister Mühle eher suboptimal. Der „Schlenker“ verlängert die Route und macht sie nur bedingt alltagstauglich. Wir Grüne würden uns über einen großen Wurf freuen, der mit eigener Wersbrücke in Münster auf dem alten Pro-



v.l. Jessica Wessels (Bundestagskandidatin WAF), Udo Gohl (IWS WAF), Maria Klein-Schmeink MdB (Bundestagskandidatin MS), Rolf Röhling (Sprecher IWS)

zessionsweg landet. Für die gesamte Strecke könnte auf bereits bestehende Wegeflächen zurückgegriffen werden.

Die Strecke wäre dann von Telgter Gebiet aus bis zum Franziskus Hospital etwa zehn Kilometer kurz, also mit dem Rad zügig zu

bewältigen. Es bestünde Anbindung auf die Velorouten am Kanal und auf den Radweg am Innenstadtring. Bis dieser große Wurf erfolgen kann unterstützen wird aber natürlich die kleinen Schritte in Richtung Verkehrswende.

m.h.

Veranstaltung mit Sven Giegold am 8. September Der Finanzexperte der Grünen Fraktion im Europaparlament zur Finanzierung des Klimaschutzes

Der „Green New Deal“ ist eines der bekanntesten Konzepte, an dessen Ausarbeitung der Wirtschaftswissenschaftler und Mitbegründer von Attac-Deutschland beteiligt war. Es war 2009 die erste Ausarbeitung, die Ökologie, Ökonomie und sozialen Ausgleich ganzheitlich zusammenfasste und bildet bis heute eine der wesentlichen Grundlagen grüner Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Giegold ist einer der

schärfsten und kompetentesten Beobachter der internationalen Finanzindustrie, sobald es um Geldwäsche, Steuervermeidung und -hinterziehung im großen Stil geht, wodurch er sich im Europäischen Parlament und in der Deutschen Öffentlichkeit viel Beachtung erworben hat.

In Telgte ist Sven Giegold auch durch mehrere Besuche und Veranstaltungen bereits vielen Menschen bekannt und ein gerne gesehener Gast.

Der Grüne Ortsverband spricht mit ihm über die notwendigen wirtschaftlichen und staatlichen Umbaumaßnahmen zur Erreichung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, sowie der angestrebten Klimaziele. Wer bezahlt den Klimaschutz oder finanziert er sich sogar selbst?

Aufgrund der wieder steigenden Inzidenzen ist noch unklar, ob die Veranstaltung als Präsenzveranstaltung im Bürgerhaus stattfinden kann

oder als Zoom-Veranstaltung durchgeführt wird. In beiden Fällen wird Giegold aber per Video zugeschaltet, um das Gespräch zu führen.

Die Entscheidung fällt Anfang September und wird über die Tageszeitung, die grüne Homepage (gruene-telgte.de) und über die Social-Medie-Kanäle mitgeteilt.

Mittwoch, 8. September, 18 – ca. 19.30 Uhr: Sven Giegold, Wer bezahlt den Klimaschutz?



Der Finanzexperte Sven Giegold.

Foto: Simon Ritter

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

g.k.

Sicherheit am neuen Standort

Die geplante Feuerwache in Westbevern

Wer den jetzigen Bau der Westbevrer Feuerwehr kennt, kann bestätigen, dass Handlungsbedarf besteht. Viel zu wenig Platz für die Feuerwehrleute, keine vernünftigen Umkleiden und Sozialräume, keine Entwicklungsmöglichkeiten. Wo gibt es das sonst, dass zeitweise ein Einsatzfahrzeug im Freien parken muss, weil kein Hallenplatz existiert?

Deswegen hat die Stadt schon 2016 begonnen, einen neuen Standort zu suchen, der einerseits die Ziele des Brandschutzbedarfsplans – regelhafte Erreichbarkeit des Einsatzortes in acht Minuten – garantiert, andererseits kurze Wege für die Einsatzkräfte zur Wache bietet. Und verfügbar sollte er auch noch sein.

Es zeigte sich, dass der bestehende Standort optimal ist, aber eben nicht erweiterbar. Abriss und Neubau

hätten bedeutet, dass Westbevern lange Zeit ohne Feuerwehr gewesen wäre.

Als Ausweichstandort bot sich die westlich gelegene Freifläche an. Das Gelände war schon mehrfach im Fokus von Planungen. Dort sollte ein Supermarkt entstehen, später zwei herrschaftliche Villen. Die Grünen haben beide Projekte abgelehnt; Gründe waren insbesondere die Lage am Hochwassergebiet der Bever und der schöne Blick auf Kirche und Dorf.

Warum jetzt Zustimmung? Zugegeben, wir haben uns schwer getan mit der Entscheidung. Ausschlaggebend war zuletzt die drängende Notwendigkeit, in Westbevern eine funktionierende Feuerwehr zu haben und die Alternativlosigkeit des Standortes.

Leichter gemacht wurde uns der Entschluss, weil aus dem Wettbewerb, den die Stadt für den Neubau ausge-

schrieben hatte, ein Entwurf des Büros Schnoklake, Betz, Dömer als Sieger herausgegangen ist, der die besonderen Bedingungen des Ortes so weit wie möglich berücksichtigt.

Sie haben einen eingeschossigen Bau geplant, der nach allen Seiten randlich eingegrünt werden soll. Im Westen ist eine Lärmschutzwand zu den Wohngebäuden vorgesehen. Das Gebäude liegt nur mit einem kleinen Zipfel im Gefahrenbereich des Beverhochwassers (HQ 100), zudem wird das Gelände angehoben. Es ist zu hoffen, dass das auch allen Folgen des Klimawandels gewachsen ist.

Leider bedeutet der Neubau eine Versiegelung von ungefähr 5000 m² bislang landwirtschaftlich genutzter Fläche. Es wird aber versucht, die negativen Auswirkungen zu minimieren. So sollen die Dachflächen be-



Zu alt, zu eng: die Feuerwache in Westbevern.

grünt werden bzw. PV-Anlagen tragen, geheizt wird mit Wärmepumpe. Die Fassade soll größtenteils aus Holz bestehen. Im Rahmen der weiteren Planung wird aber darauf zu achten sein, möglichst viel Oberflächenwasser auf dem Gelände zu halten (kann man eigentlich mit Regenwasser löschen?).

Zum Bau selbst: Das langgestreckte, Nord-Süd ausgerichtete Gebäude bietet im Osten Platz für fünf Großfahrzeuge. Sie sollen nach Osten ausfahren und dann erst auf die Grevener Straße

fahren, um unnötigen Lärm zu vermeiden. Hinter den Stellplätzen liegen die Umkleiden, leicht von den im Westen liegenden Stellplätzen für die Feuerwehrleute zu erreichen. Nach Süden, zu Beveraue öffnen sich Räume für Schulungen, Besprechungen und Sozialräume. Alles in allem ein stimmiger Entwurf.

Abzuwarten bleibt, was aus dem alten Standort wird: Baugebiet oder Kompensation des Flächenverlustes durch Renaturierung?

c.g.

Wohnen auf dem Supermarkt

Nettoneubau in der Planung

Die Einkaufslandschaft in Telgte hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Aldi, Lidl und Penny haben neue Gebäude errichtet, die deutlich mehr Verkaufsfläche bieten als vorher. Damit sind sie – zumindest was das Einkaufserlebnis anbelangt – attraktiver als Mitbewerber wie das Netto an der Ostbevrer Straße.

Es war daher nur eine Frage der Zeit, bis auch hier Pläne zur Vergrößerung reifen, für die jetzt im Planungsausschuss erste Entwürfe vorgestellt wurden.

Im Grundsatz ist das Vorhaben sicher zu begrüßen, denn Netto ist der einzige Discounter Telgtes nördlich von Ems und Bahn und damit nicht nur für die Anwohner, sondern auch für Westbevern von Bedeutung.

Die vorgestellten Pläne sehen eine Erweiterung der Verkaufsfläche von 700 auf 1100 qm vor, davon 1000 für den Markt und 87 für eine

Bäckerei.

Dabei blieben die Überlegungen aber nicht stehen. So sollen die Parkplätze zum Teil in eine Tiefgarage verlagert werden. Vor allem aber – und das ist für Telgte ein neuer Ansatz – sollen auf der Verkaufsetage Wohnungen realisiert werden. Im Prinzip eine richtig gute Idee, für die es beispielsweise in Berlin schon gute Beispiele gibt. Der grüne hessische Minister für Wohnungsbau, Tarek Al-Wazir hat dazu sogar einen Leitfaden als Unterstützung für Kommunen herausgegeben.

Wenn nicht die Planer wieder der Versuchung zur absoluten Gewinnmaximierung erlegen wären. Wieder einmal wird das vorhandene Grundstück ohne Rücksicht auf seine Umgebung bis auf den letzten Quadrat- und Höhenmeter ausgereizt.

So sollen hier auf dem Supermarkt 33 Wohnungen entstehen. Das wäre ja eigentlich eine gute Nachricht,

wenn es denn passen würde. Aber es funktioniert nur, wenn man in die Höhe und Breite geht.

Der vorhandene Grünstreifen an der Ostbevrer Straße müsste entfallen und das Gebäude rückt deutlich näher an die denkmalgeschützte ehemalige Johanneskirche. Das wäre bei einem eingeschossigen Bau kein Problem, aber geplant sind drei Vollgeschosse plus Dachgeschoss mit insgesamt 2300 qm Wohnfläche. Überschlüssig ergibt das eine Gebäudehöhe von 18m. Auch wenn es an der Ostbevrer Straße schon Mehrfamilienhäuser gibt, dürfte dieses alle anderen überragen und seine Umgebung dominieren.

Ein Detail zur Verkehrsplanung: die Ein- und Ausfahrt der Tiefgarage soll direkt im Kreuzungsbereich mit dem Albendorfer Weg liegen. Wie man auf eine solche Lösung kommen kann? Schön ist, dass die Dachflä-

che des Marktes zum Teil als Dachterrasse für die Wohnungen zur Verfügung stehen soll. Aber Dinge, die heute zum Standard gehören wie etwa eine PV-Anlage

sucht man vergebens.

Fazit: eigentlich eine gute Idee, aber geht es nicht auch ein bisschen kleiner?

c.g.

Ich wähle Grün, weil es in der Partei noch Köpfe mit Ideen gibt: für eine Weiterentwicklung der Gesellschaft und ein konkretes Handeln in der Klimakrise.



Sabine Ostendorf



Wohnen, wo andere arbeiten... oder einkaufen.

Gesellschaftsvertrag in Gefahr Soziale Ungleichheit spaltet die Gesellschaft

Die zunehmende soziale Ungleichheit in Deutschland stellt die Politik - und vor allem die kommende Bundesregierung - vor große Probleme. Die aktuellen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts - die Corona-Krise und besonders der Klimawandel - verschärfen diese zusätzlich.

Nachdem insbesondere die beiden Weltkriege die soziale Ungleichheit des 19. Jahrhunderts verringert haben, kann seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts eine Trendumkehr beobachtet werden: die Ungleichheit nimmt wieder zu und hat schon fast wieder das Ausmaß des vorletzten Jahrhunderts erreicht.

Insbesondere die Vermögensungleichheit ist eklatant: das reichste Prozent der Deutschen besitzt rund ein Fünftel des Gesamtvermögens. Nimmt man die Unschärfe dieser Schätzung hinzu - konkrete Zahlen liegen aufgrund einer fehlenden Vermögenssteuer nicht vor - kann von bis zu einem Drittel des Gesamtvermögens ausgegangen werden, das dem reichsten Ein-Prozent der Deutschen gehört. Den ärmsten fünfzig Prozent aller Deutschen gehören dagegen gerade einmal 1,3 Prozent! Damit ist Deutschland das Land mit der höchsten Vermögensungleichheit in der Euro-Zone.

Weiterhin lässt sich feststellen, dass insbesondere vor 1950 Geborene besonders viel Vermögen besitzen; jüngere dagegen können ein vergleichbares Vermögen häufig nur noch über eine Erbschaft erwerben.

Nicht ganz so deutlich ist die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung. Aber

auch hier sind die Unterschiede gravierend, und die Schere geht seit den 70er Jahren weiter auseinander.

Auf der einen Seite arbeiten viele für den Mindestlohn und benötigen häufig mehrere Jobs zum Leben. Auf der anderen Seite steigen die Gehälter der Spitzenverdiener immer weiter; häufig kommen auch noch üppige Renditen aus Vermögenswerten hinzu. Gerade mit großen Vermögen werden, wie T. Piketty in seinem vielbeachteten Buch „Das Kapital des 21. Jahrhunderts“ beschreibt, immer noch überdurchschnittliche Renditen erwirtschaftet, von denen Durchschnittsbürger*innen nur träumen können.

Ein bestimmender Faktor für die Einkommenshöhe ist die Bildung. Auch hier hinkt Deutschland anderen Ländern weiterhin deutlich hinterher. Immer noch ist bei uns für den Bildungserfolg die soziale Herkunft ein entscheidender Faktor. Dieser Zusammenhang wird sich durch die Corona-Krise und den unterschiedlichen Voraussetzungen beim Home-Schooling weiter verstärken.

Soziale Ungleichheit gefährdet den sozialen Frieden in erheblicher Weise. Das Vertrauen in die Politik schwindet, was zur Polarisierung der Gesellschaft und schließlich zu einer Zuwendung zu extremistischen Gruppierungen führt. Fehlende Kontakte zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen, wie etwa durch den Wegfall des Zivildienstes, oder durch den aktuellen Trend zum Home-Office bewirken eine zunehmende Entfremdung innerhalb der

Gesellschaft, die schließlich noch durch die Meinungsblasen in den sozialen Netzwerken manifestiert wird.

Die notwendigen Maßnahmen müssen jetzt eingeleitet werden: Bessere frühkindliche Erziehung mit gezielter Förderung; längeres gemeinsames Lernen; stärkere finanzielle Unterstützung von Eltern - Kinder dürfen nicht länger ein Luxus sein, den sich insbesondere in den Ballungsgebieten nur noch Gutverdiener leisten können; sozialer Ausgleich der Auswirkungen der Pandemie und des Klimawandels.

All das kostet Geld! Hierzu muss ein deutliches Umsteuern des Steuersystems erfolgen - allen voran der Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Einkommen aus Finanzanlagen. Gerade diese „leistungsunabhängigen“ Einkommensarten verstärken die Ungleichheit in besonderer Weise und sind steuerlich überhaupt nicht oder nur gering erfasst. Es ist daher eine nicht zu verantwortende Einstellung, weiterhin von gleichbleibender oder gar sinkender Steuerbelastung insbesondere für die Vermögenden unserer Gesellschaft zu sprechen.

Das alles zeigt, dass ein „Weiter so“ in der Politik, wie es seit je her das Mantra der CDU in den letzten Jahrzehnten war, das falsche Konzept ist. Wir benötigen einen Wandel - nicht nur in der Klimapolitik, sondern auch in der Sozial- und Steuerpolitik. Bei der nächsten Wahl besteht die Möglichkeit, diesen Wandel herbeizuführen.

p.s.

Tatütata Feuerwehr rettet OGS

„Die Don-Bosco-Schule hat in diesem Jahr 24 Plätze zu wenig in der Offenen Ganztagschule bzw. Übermittag-Betreuung. Wir müssen 24 Kindern eine Absage erteilen.“

So oder so ähnlich formulierte Frau Schnur, Fachbereichsleiterin Schule, Generationen, Soziales der Stadt Telgte, die Mitteilung an den Rat, bei der uns allen die Kinnlade runterfiel! 24 Kinder... Das ist schon eine Hausnummer!

Schnell war uns klar, dass man kreativ werden musste, denn wenn Eltern einen Betreuungsbedarf äußern, dann haben sie meist auch ihre Gründe dafür ... egal wie diese aussehen. Das bestätigte sich nach einer erneuten Abfrage der Stadt, bei der die Eltern per Brief über den Engpass aufgeklärt und erneut dazu aufgerufen wurden, ihren Bedarf mitzuteilen.

Wir hatten immer noch 24 Plätze zu wenig.

Um so erfreulicher war es zu hören, dass die Verwaltung in der Zwischenzeit

nach Lösungen gesucht hatte und fündig geworden war.

Frau Schnur berichtete im Hauptausschuss von Gesprächen der Verwaltung mit der Freiwilligen Feuerwehr Telgte über ein Angebot, das Feuerwehrgerätehaus für die Über-Mittag-Betreuung zur Verfügung zu stellen. Nachdem kleine Sicherheitsmaßnahmen getroffen und das Personal aufgestockt wurde, stehen der Gruppe nun zwei geeignete Räume zur Verfügung.

Im kommenden Jahr wird mit Hochdruck an dem neuen Schulgebäude für die Don-Bosco-Schule gebaut. Das neue Schulgebäude schafft die Kapazitäten, drei Klassen pro Jahrgang aufzunehmen. Das „alte“ Schulgebäude wird, unter anderem, Platz bieten für die Nachmittagsbetreuung, die aufgrund der Dreizügigkeit mehr Räumlichkeiten benötigt. Das Platzproblem gehört somit im nächsten Schuljahr hoffentlich der Vergangenheit an.

r.w.

Ich wähle GRÜN, weil nur eine GRÜNE Bundesregierung durch massive Investitionen für den Ausbau des Radwegenetzes sorgen wird. Es muss flächendeckend die Infrastruktur geschaffen werden, damit ge-

rade kurze und mittellange Fahrten etwa zum Einkaufen, zu Freunden oder zur Arbeit problemlos mit dem Rad erledigt werden können. Denn was für das Auto gilt, gilt auch für das Fahrrad: Eine gute Infrastruktur zieht den Verkehr an.

Dr. Sascha Hinkel



Kontaktadressen
Ortsverband:
Marian Husmann
Tel: 9 33 51 36

Ratsfraktion:
Sabine Grohnert
Tel. 7 70 96

Einfach.
Natürlich.
Schön.

2HEAVEN Eco Concept Store
for women + men

Kapellenstr. 4 · 48291 Telgte · 02504 9864938
Mo-Fr 10-13 Uhr, 15-18 Uhr · Sa 10-13 Uhr

Jessica Wessels

Jahrgang: 1980
Familienstand: ledig
Kinder: keine
Beruf: Geschäftsführerin
Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Warendorf Und...

In meiner Freizeit ist die Kommunalpolitik dran, ich lese viel und verfolge die politischen Diskussionen in den Medien, ohne mich einmischen zu müssen. Ich besuche gerne Konzerte, treffe Freunde oder gehe ins Kino. Wenn ich den Kopf mal wirklich frei kriegen möchte, puzzele ich.

Jessica Wessels ist die Direktkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen für den Kreis Warendorf zur Bundestagswahl am 26. September. Dat Pöggsken führte mit Jessica ein Interview:

Pöggsken: Hallo Jessica! Du begibst Dich in das Hai-fischbecken und stellst Dich als Direktkandidatin für den Kreis Warendorf am 26. September zur Wahl. Was erwartet Dich im kommenden Monat?

Es wird auf jeden Fall eine aufregende Zeit und bereits jetzt ist der Terminkalender voll. Ich freue mich auf den direkten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern gerade auch an den Wahlkampfständen vor Ort und den politischen

Schlagabtausch mit meinen ausschließlich männlichen Mitbewerbern bei den Podiumsdiskussionen.

Pöggsken: Der Kreis Warendorf ist nicht Telgte und hat seit dem Krieg immer den Kandidaten der CDU nach Berlin geschickt. Bist Du eine „Zählkandidatin“ oder rechnest Du Dir auch Chancen aus, die nächsten vier Jahre in Berlin zu verbringen?



Jessica Wessels ist die Grüne Kandidatin für den Kreis Warendorf.

Ich bin der Auffassung, dass dringend Zeit für eine Veränderung ist und ich habe den Anspruch und die Motivation, direkt in den Bundestag einzuziehen.

Die Frage der Chancen steht für mich aber gar nicht im Vordergrund. Ich möchte im Auftrag der Menschen in diesem Kreis und für diesen Kreis grüne Politik in Berlin machen. Ich finde das wichtig und dann gibt es nur eine Konsequenz: Kandidieren.

Pöggsken: Wo siehst Du

Deine politischen Schwerpunkte?

Für mich müssen Klima-, Umwelt- und Artenschutz bei allen politischen Entscheidungen direkt mitgedacht werden und bei allen Beschlüssen relevant sein. Wir müssen jetzt konsequent handeln, wenn wir das 1,5-Grad-Ziel noch erreichen wollen. Dass heißt, wir brauchen den kompletten Ausstieg aus den fossilen

Energieträgern hin zu den erneuerbaren Energiequellen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für mich die Verkehrspolitik, denn neben der Energiewende benötigen wir die Mobilitätswende. Dazu gehört der flächendeckende Ausbau und eine lebensnahe Taktung des ÖPNV genauso wie eine enorme Attraktivierung des Radverkehrs. Marode Radwege müssen saniert werden und neue, attraktive Radverbindungen angelegt

Ich wähle Grün, weil unsere Zukunft fantastische Möglichkeiten bietet.



Manfred Wälz

werden. Gerade im ländlichen Raum fehlt es beim ÖPNV und Radverkehr noch an guten Verbindungen der einzelnen Kommunen und Ortsteile miteinander.

Enorm wichtig ist bundesweit auch der Bereich Wohnen. Und gerade beim bezahlbaren Wohnraum gibt es einen riesigen Bedarf. Das Recht zu Wohnen darf nicht abhängig vom Geldbeutel sein und die Kommunen benötigen Unterstützung vom Bund, um ihren Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Wohnformen anbieten zu können.

Pöggsken: Wo kannst Du direkt etwas für den Kreis Warendorf tun?

Seit 2014 bin ich in der Warendorfer Kommunalpolitik aktiv und seit 2015 Fraktionsvorsitzende der Grünen Ratsfraktion. Und deshalb ist mir bewusst, dass politische Entscheidungsprozesse vor Ort häufig abhängig von Bundes- und Landesvorgaben sind. Hier gilt es anzusetzen, um unsere Kommunen u.a. durch gezielte und sinnvolle Förderprogramme zu unterstützen und überholte Vorgaben auf den Prüfstand zu stellen.

Mit dem Erste, was der neue Bundestag beschließen muss, ist den Bundesverkehrswegeplan außer Kraft zu setzen und gründlichst zu überarbeiten. Dieser Plan hat überhaupt keine Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Er widerspricht den

Klimazielen sogar der jetzigen Bundesregierung und enthält nicht das geringste, was darauf hindeutet, dass „Verkehrswende“ ein im Verkehrsministerium bekanntes Wort ist. Der Plan ist so absurd, dass ich mir kaum vorstellen kann, dass er nicht außer Kraft gesetzt wird. Damit wären dann auch die Ausbaupläne zur B51 und der Neubau der B64n vom Tisch.

Durch seine wunderbaren Naturräume und die Landwirtschaft wird der Kreis von vielen Fragen des Arten- und Klimaschutzes betroffen sein - und das ganz stark auch im positiven Sinne. Aber auch, wenn die Ziele ziemlich klar sind, müssen die Wege dahin diskutiert werden. Diese Diskussion möchte ich von Berlin auch in den Kreis Warendorf tragen. Und das ist mein Versprechen: Ich werde immer wieder und im gesamten Kreisgebiet Diskussionsabende zu aktuellen politischen Themen anbieten und die Ergebnisse mit nach Berlin nehmen. Alle, die mitwirken wollen an dem, was uns bevorsteht, sollen auch die Gelegenheit dazu haben.

Pöggsken: Was sagt Deine Familie zu...**Öhm, nee. Das fragt man ja nur Männer. Vielen Dank für das Gespräch, Jessica! Dat Pöggsken wünscht Dir Erfolg!**

Vielen Dank an das Pöggsken für das spannende Interview und ich freue mich auf die nächste Ausgabe!

Das Interview führte Gerd Klünder

Impressum
 Zeitung der Grünen Telgte
 Ratsfraktion & Ortsverband
 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Anschrift: Peter Spieker
 Waldweg 27
 48291 Telgte

Auflage: 8.400 Stück
V.I.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge:
 Katja Behrendt, Michael Brandherm, Bernhard Drestomark, Sabine Grohnert, Christoph Grünwald, Marian Husmann, Valerie Kelling, Gerd Klünder, Anna-Lena Laumann, Katja Müller, Peter Spieker, Rebecca White, Udo Woltering

Möbel für Anspruchsvolle

Innenausbau Bau- und Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

- Exklusiver Innenausbau
- Einbaumöbel
- Fenster und Türen
- Massivholzmöbel
- Küchen- und Badmöbel
- Schiebetürsysteme
- Restaurierung
- Sonderanfertigungen

Berdel 30 • 48291 Telgte
 ☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89



Grüner Ortsverband neu aufgestellt

In der ersten Präsenz-Versammlung seit der Aufstellung zur Kommunalwahl im vergangenen Jahr haben die Grünen in Telgte ihren neuen Vorstand für die kommenden zwei Jahre gewählt.

Marian Husmann möchte in seiner vierten Amtszeit als Sprecher des Ortsverbandes an die politischen Erfolge der letzten Kommunalwahl anknüpfen und darum kämpfen, dass die Grünen sowohl bei der Bundestagswahl im September, als auch bei der Landtagswahl im kommenden Frühjahr stärkste Kraft werden. „Nur mit anderen politischen Mehrheiten in Berlin und Düsseldorf schaffen wir Klimaschutz, mehr soziale Gerechtigkeit und eine echte Verkehrswende“ so der 31-Jährige. Neu an die Spitze des Ortsverbandes gewählt wurde Katja Behrendt. Sie arbeitet seit etwa einem

Jahr in der Fraktion und hat nach der Kommunalwahl einen Sitz im Klimaausschuss übernommen. „Wir müssen auch lokal wichtige Weichen stellen, um unsere Klimaziele in Deutschland zu erreichen. Es gilt, Bedenken abzubauen, Lösungen aufzuzeigen und Veränderungswillen zu stärken. Als Sprecherin der Grünen in Telgte lege ich auch einen Fokus darauf, zuzuhören, um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zu tragen und die Vernetzung weiter voranzutreiben.“, so Katja Behrendt.

Tatjana Scharfe hat sich nach vier Jahren als Sprecherin nicht wieder zur Wahl gestellt, um ihren Fokus auf ihr neues Amt als erste stellvertretende Bürgermeisterin zu legen. Sie wird die Arbeit des Vorstandes aber weiter als Beisitzerin begleiten.

Peter Spieker, über Skype

zugeschaltet von der Nordseeinsel Baltrum, übernimmt für weitere zwei Jahre die Aufgabe des Kassierers.

Ergänzt wird das Vorstands-Team durch neun Beisitzer*innen, von denen Tatjana Scharfe, Valerie Kelling, Bettina Schmitte, Jost Behre und Fritz Adriaans in eine weitere Amtszeit gehen. Neu hinzu kommen Anna Lena Laumann, Stephanie Holtmann, Sascha Hinkel und Thomas Böhmer. Damit ist der Vorstand satzungsgemäß quotiert aufgestellt.

Ein besonderer Moment entstand bei der Verabschiedung von Reinhild Spitz, die nach 25 Jahren in verschiedenen Funktionen in Ortsverband und Fraktion ihre politische Arbeit beendet. „Ich übernehme gerne auch weitere kleinere Aufgaben zur Unterstützung der Wahlkämpfe“, so Spitz, „möchte aber jetzt

etwas mehr Freiraum haben, zum Beispiel um ein wenig zu reisen.“

Die Leitung der Wahlübernahme Jessica Wessels, die am vergangenen Wochenende als Direktkandidatin zur Bundestagswahl für die Grünen im Kreis Warendorf gewählt wurde. „Der ländliche Raum wird in der Energie- und der Verkehrswende in den nächsten Jahren eine große Rolle spielen.“, so Wessels. „Mein wichtigstes Anliegen, sollten die Wählerinnen und Wähler mir ihr Vertrauen schenken, wird die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes sein. Das ist ein wichtiger Schritt

Katja Behrendt

- » 42 Jahre
- » verheiratet, 3 Kinder
- » Politikwissenschaftlerin (Magistra)
- » Pressereferentin, DBU Naturerbe
- » aktiv im Stadtelternrat
- » zuvor Kreiselternrat Warendorf
- » Sachkundige Bürgerin im Klimaausschuss
- » Stellvertreterin im Schulausschuss

für den Schutz des gewachsenen ländlichen Kulturrumes. Der Ausbau der B 51/64 muss verhindert werden.“

g.k.

Ich wähle grün, weil nicht nur Zeit ist etwas zu ändern, sondern wir es tun müssen.



Sabine Grohnert

Altstadt im Wandel Planungen zwischen Rossmann und Kornbrenne

Es tut sich eine Menge in Telgtes Altstadt: Baukräne und Bagger bestimmen an zahlreichen Stellen das Stadtbild.

Da wo Leitungen im Straßenraum verlegt werden, ärgert das vor allem die Autofahrenden. Sie müssen Umwege und viel Zeitaufwand in Kauf nehmen. Aber das Verlegen von Gas-, Strom-, Wasserleitungen und Glasfaser ist zukunftsgerichtet, ermöglicht anspruchsvolles Wohnen, gepflegtes Einkaufen und Dinieren. Wo jetzt noch Geschäfte rund um die Kornbrennerei an der Stein-

straße in Betrieb sind, wird auch bald der Abrissbagger erscheinen. Was neu entsteht, kann sich sehen lassen, wenn die Genehmigungsbehörde und die Eigentümer übereinkommen, den Entwurf des Architekturbüros Schnoklake, Betz, Dömer zu folgen. Dann wird auch der Parkplatz neben der Kornbrennerei verschwinden, und zur Königsstraße wird eine Baulücke geschlossen. Die PKWs werden in eine Tiefgarage gefahren. Der Architektenplan sieht Geschäftslokale in unterschiedlichen Größen vor, so dass

auch Einzelhandel mit einer Fläche bis zu 400 oder 500 Quadratmeter ein Angebot machen kann, Platz also zum Beispiel für einen City- oder Drogeriemarkt. Auf einem „Brennerei-Hof“ ist Innen- und Außen-Gastronomie vorgesehen, eingefasst von historischem und Neubau - Ambiente. Und dann wäre da noch die Idee eines gläsernen Außenaufzuges, der im Gegensatz zur Stahltreppe einen barrierefreien Zugang in das oberste Stockwerk der alten Kornbrennerei ermöglichte. Wäre der gleich beim Ausbau zum Museum mit



Viel Platz für Neues. Was passiert in der Steinstraße?

gebaut worden, hätte sich die zeitweise dort betriebene Galerie als lohnende kulturelle

Attraktion - weil leicht erreichbar - herausgestellt.

b.d.

Dirtbike-Park Telgte eröffnet

Am Eröffnungstag fuhren sie Runde um Runde, bis die Sonne unterging. Und am nächsten Morgen waren die ersten Fahrerinnen und Fahrer um neun Uhr wieder am neuen Dirtpark an der Einener Straße.

Fast geräuschlos rollten ihre Räder die Erdhügel hoch und runter, einige Kids sprangen ihre ersten Sprünge, Dreijährige wollten mit ihren Laufrädern gar nicht mehr aufhören, den kleinsten der drei Rundläufe abzufahren.

Insgesamt rund 250 Leute kamen am Samstag, 14. August, zur Eröffnung der Trendsportanlage.

Der zwölfjährige Dominik aus Telgte sprach wahrscheinlich vielen jungen Leuten aus der Seele: „Ich freue mich sehr über den Dirtpark. Das Fahren macht total Spaß.“

Mit ihm haben sich bereits elf junge Leute gefunden, sich in Zukunft für die Pflege

und weitere Entwicklung des Parks einbringen wollen. Das ist wichtig, da die Erdhügel mit der Zeit abefahren und dann nachgeformt werden müssen. Wie die Jugendlichen beispielsweise Spurrinnen am besten ausgleichen – das zeigte ihnen der ehemalige BMX-Weltmeister Alex Reinke, der gemeinsam mit Szene-Kollegen den Park gebaut hatte.

Für Würstchen und Getränke im Anschluss an die offizielle Eröffnung hatte die Aktionsgruppe „Pumptrack und Co“ des Stadtelternrates gesorgt. „Wir bekommen viel positive Rückmeldungen und freuen uns über den Rückenwind aus Politik und Verwaltung“, betonte die erste Vorsitzende des Stadtelternrates, Daniela Stricker.

Doch nach dem Dirtpark sei vor dem Ninja-Parcours oder der Boulderwand. Die Ergebnisse der Onlineumfrage unter 670 jungen

Leuten hatte im Frühjahr einen klaren Auftrag herausgearbeitet: Mehrheitlich Mädchen und junge Frauen würden sich über ein weiteres Outdoor-Angebot ohne Räder freuen. Vielleicht ist der ungenutzte Bolzplatz neben dem Dirtpark ein guter Standort?

Einen Prüfauftrag für mehrere mögliche Flächen hat die Stadt Telgte in Auftrag gegeben. Es bleibt spannend – nicht nur für die Aktiven an den Erdhügeln.

k.b.



oben: Justin Ten Brink fliegt über die neue Strecke. Foto: Alex Friedrich
unten: Die Anlage aus der Vogelperspektive. Foto: Simon Moratz

Grüne wollen Risiken durch Hochwasser neu abschätzen

Als Konsequenz aus den dramatischen Extremhochwassern in der Eifel wollen die Grünen die angenommenen Szenarien bei Starkregenereignissen für Telgte neu untersuchen.

„Katastrophale und unbeherrschbare Lagen sind für Telgte auch bei lang anhaltenden Regenereignissen aufgrund der Topografie und nach menschlichem Ermessen nicht zu erwarten.“, so Michael Brandherm,

Co-Vorsitzender der Grünen Fraktion und Vorsitzender des Klimateams. „Ems und Bever verlassen bei Hochwasser ihr Bett und bleiben ruhige Flüsse.“

Im Mittelpunkt stehen für die Grünen die Grundlagen für die Entwicklung der von der zuständigen Bezirksregierung angenommenen Szenarien sowie die Wahrscheinlichkeiten für deren Vorkommen. Untersucht werden soll das Szenario

„HQextrem“, für das Überschwemmungen von Teilen der Altstadt und eine Eintrittswahrscheinlichkeit alle 200 Jahre angenommen wird. Für die Grünen stellt sich die Frage, ob die für dieses Ereignis angenommenen Regenmengen im Einzugsgebiet der Ems und die Wahrscheinlichkeit seines Eintretens den Klimaveränderungen angepasst werden müssen.

„Wir sollten uns nicht vor-

stellen, dass wir Maßnahmen gegen sämtliche Risiken ergreifen und diese dadurch ausschließen können.“, so die Fraktionssprecherin Sabine Grohnert, „Entsprechend müssen wir jetzt auch nicht in Aktionismus verfallen. Wichtig ist aber, dass alle Beteiligten – Stadt, Rettungskräfte und vor allem Bürgerinnen und Bürger – die Risiken für die einzelnen Stadtteile kennen.“

Auch den kleineren Gewässern wie Stadtfeldgraben und Böhmerbach, die durch Regenereignisse innerhalb des Stadtgebietes anschwellen können, die die südlichen Wohngebiete betreffen und deren Kraft nur noch ältere Telgterinnen und Telgter

kennen, wollen die Grünen noch einmal Aufmerksamkeit schenken. Brandherm erwartet dazu Aufschlüsse durch das derzeit in Arbeit befindliche Modell zum Abfluss des Oberflächenwassers. „Das alles zeigt aber auch nochmal den Stellenwert unseres Klimaschutzplanes. Wir beschäftigen uns hier mit Risiken, die unsere Kinder überhaupt nicht mehr werden beherrschen können, wenn wir nicht verantwortungsbewusst handeln.“, so Brandherm.

Ein entsprechender Antrag der Grünen Fraktion soll im Klimateam im November behandelt werden.

g.k.



Ich wähle grün, weil wir schnell mutige Entscheidungen zum Schutz unseres Planeten brauchen.



Katja Müller



***Schützen wir
die Erde, sie ist
die einzige,
die wir haben.***

Bereit, weil Ihr es seid.

gruene.de